Ventotto lebt – Mailands historische Straßenbahnen › Mobiles Leben

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE | 1MG | MÜNCHEN, MONTAG, 9. JULI 2012 | 68. JAHRGANG / 28. WOCHE / NR. 156 / 2,20 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Diese Amerikaner: tun immer so, als könnte sie nichts aus dem Lot bringen, als hätten sie die ganze Welt im Griff. Dabei schaut ihnen die Unsicherheit aus jedem Knopfloch. Eben jetzt hat wieder eine große Verwirrung von ihnen Besitz ergriffen. Nachdem in der TV-Dokumentation „Mermaids: The Body Found" angedeutet worden war, dass es Meerjungfrauen durchaus geben könne, wandten sich viele Bürger an die Öffentlichkeit, und siehe da, der Staat zeigte sich der Herausforderung – der *challenge*, wie man bei uns sagt – voll gewachsen. Es gibt in den USA einen dem Handelsministerium zugeordneten National Ocean Service (NOS), und diese Behörde versichert in zumindest örtlicher Zuständigkeit, dass es weder Meerjungfrauen noch andere vergleichbare Wasserwesen gebe. Um genau zu sein: Der NOS legt sich nicht direkt fest. Es sei, sagt er lediglich, bisher noch kein Beweis für „aquatic humanoids" gefunden worden.

Indem der NOS diese Wesen so nennt, gibt er zu erkennen, dass er mehr über sie weiß, als er sich anmerken lässt; möglicherweise ist ihm da auch von der CIA auf dem Wege der Amtshilfe das eine oder andere zugetragen worden. Schon bei den alten Griechen hatten die Wassergötter deutlich menschliche Züge, man denke nur an den Wogen aufwühlenden Poseidon und seinen kleinkarierten Hass auf Odysseus. Zutiefst menschlich war auch ihre Triebhaftigkeit, die in ihren Dimensionen freilich oft schon wieder ins Überirdische schlug. Dem Okeanos und seiner Tethys schreibt man zum Beispiel 3000 Söhne und 3000 Töchter zu, die sich ihrerseits alle tüchtig vermehrt haben dürften. Selbst wenn man die Verschmutzung der Meere in Anschlag bringt und zudem unterstellt, dass viele dieser Nachkommen als Beifang der Hochseefischerei zum Opfer fielen, muss man annehmen, dass es noch gewaltige Bestände von Nixen, Nymphen, Meerfrauen und verwandten Geistern gibt. Beweise? Damit ist es naturgemäß heikel bestellt. Von ihrer einstigen Offenheit den Menschen gegenüber haben sich die Götter und Halbgötter seit dem Siegeszug des Christentums verabschiedet. Meerjungfern lassen sich allenfalls ex negativo nachweisen: aus der Menge der Burschen, die als vermisst gemeldet werden, weil niemand weiß, dass sie den Holden für immer in die Tiefe folgten.

In seinen Sagen aus der Oberpfalz berichtet Franz Schönwerth von einer Bäuerin, die Zweifel an der „hl. Dreyfaltigkeit" äußerte. Das hätte sie besser nicht getan. Als sie ihr nächstes Kind gebar, hatte das drei Köpfe und wurde erst dann aus dieser Welt abberufen, als die Frau zum rechten Glauben zurückgefunden hatte. Wie man sieht, ist die Leugnung des Numinosen keine ungefährliche Sache. Vielleicht war man beim NOS unter anderem deshalb so vorsichtig, weil man Angst hatte, bei den Damen der Belegschaft könnten sich die Beine in Fischschwänze zurückbilden.

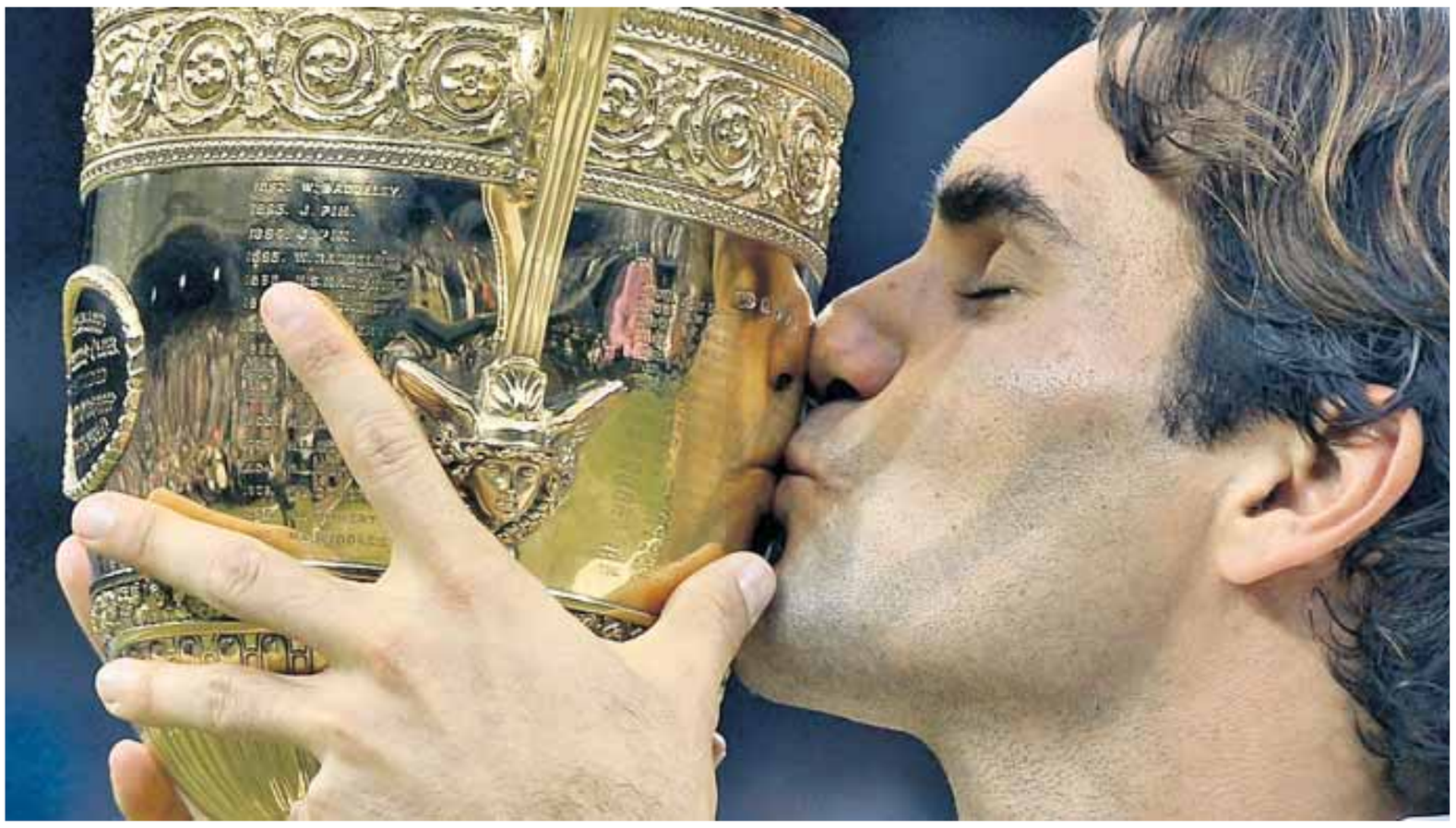

FOTO: TOBY MELVILLE/REUTERS

Zurück an der Spitze

Wer so viele Trophäen gestemmt und geküsst und sein Spiegelbild in Pokalen betrachtet hat, der müsste sich doch irgendwann langweilen, wenn er schon wieder ein Turnier gewonnen hat. Nicht so Roger Federer. Der Schweizer Tennisprofi, der ohnehin schon die meisten Rekorde in seiner Sportart hält, setzte am Sonntagabend ein paar weitere Bestmarken. Zunächst bezwang er im Finale von Wimbledon den Briten Andy Murray in vier Sätzen (4:6, 7:5, 6:3, 6:4), womit er den ersten Sieg eines Briten beim heimischen Grand-Slam-Turnier seit dem Jahr 1936 verhinderte. Federer sicherte sich dadurch seinen siebten Einzeltitel in Wimbledon – den ersten seit 2009 – und stellte die Bestmarke von Pete Sampras ein. Er gewann außerdem zum 17. Mal bei einem der vier großen Turniere, womit er seinen eigenen Rekord weiter ausbaute. Und als wäre all das nicht genug, kehrt er durch den Sieg an diesem Montag erstmals seit Juni 2010 auf den ersten Platz der Weltrangliste zurück – womit er die Bestmarke von Pete Sampras übertreffen wird, der 286 Wochen an der Spitze seines Sports stand. Noch etwas? Nach dem Match nahm Federer den Schotten Murray, der von der Wucht der Emotionen und Erwartungen sichtlich mitgenommen war, in den Arm und tröstete ihn. SZ › *Sport*

Gauck kritisiert Merkel

Der Bundespräsident fordert von der Kanzlerin, ihre Europapolitik besser zu erklären. Zu den Klagen vor dem Verfassungsgericht sagt er: „Ich bin eigentlich froh, dass dieser Weg beschritten wird."

München – Bundespräsident Joachim Gauck verlangt, dass Kanzlerin Angela Merkel ihre Europa-Politik und die Beschlüsse der EU-Gipfeltreffen besser erklärt. „Sie hat die Verpflichtung, sehr detailliert zu beschreiben, was das fiskalisch bedeutet", sagte Gauck am Sonntagabend im ZDF. Er habe diese Aufgabe nicht. „Ich bin keine Ersatzregierung." Am Dienstag berät das Bundesverfassungsgericht über Klagen gegen den Euro-Rettungsschirm (ESM) sowie den Fiskalpakt, der die Staaten zu Sparsamkeit zwingen soll. Zu den Klagen dagegen sagte Gauck, er sei „eigentlich froh, dass dieser Weg beschritten wird".

Der Bundespräsident befasste sich in dem Fernsehinterview grundsätzlich damit, wie Politiker von den Abläufen in Beschlag genommen werden und anschließend zu wenig Zeit für die Bürger hätten. „Schauen Sie, diese mühseligen Prozesse, auch die Opposition zu gewinnen", sagte er, „dann fehlt manchmal die Energie und die Entschlossenheit, der Bevölkerung sehr offen zu sagen, was geschieht eigentlich im Moment." Die Klagen gegen die Euro-Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat befand Gauck deshalb für gut, weil sie dazu beitrügen, dass Debatten geführt würden – „in der Fachwelt, in der Politik, und nun vor unserer obersten Rechtsinstanz". Vor einigen Wochen noch hatte Gauck den Klägern keine Chance gegeben. Damals hatte er sich zuversichtlich geäußert, dass Karlsruhe die Gesetze zum Euro passieren lassen werde. Nun jedoch sagte er, in dieser Frage hätte ihm mehr Zurückhaltung „gut gestanden". Er sei bereit, der Kanzlerin beim Erklären ihrer Politik zu „helfen".

Einerseits war der Präsident bemüht, das Interview nicht als Konflikt mit der Kanzlerin zu inszenieren. Er sagte daher weiter, Merkel habe ihm erst vor ein paar Tagen ihr Vertrauen auf eine Weise ausgesprochen, die „mich doch sehr bewegt hat". Außerdem könnte er nicht, „was sie kann und was sie gerade leistet". Andererseits änderten solche Freundlichkeiten nichts daran, dass das Interview des parteilosen Präsidenten sofort für parteipolitischen Streit benutzt wurde. Thomas Oppermann, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, griff es auf und sagte: „Politik zu erklären gehört gerade nicht zu den Stärken der Kanzlerin." CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sah Veranlassung, Gauck mit mildem Tadel zu bedenken. Offenbar unter Anspielung auf ihn sagte er, es sei „unsere gemeinsame Verantwortung", Politik zu erklären.

Doch mit seinem Unbehagen über zu wenig Dialog zwischen Politikern und Bürgern scheint Gauck nicht allein zu sein. Der neue Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Torsten Albig (SPD), empfindet Ähnliches. „Wir verlieren uns in Abkürzungen wie EFSF und ESM, die ja selbst die nicht mehr verstehen, die darüber reden", sagte Albig am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Irgendwann führe das zu einer Bankrotterklärung der Politik. „Daher müssen die Bürgermeister, die Landräte, die Minister alle raus und die große Europa-Geschichte erklären. Im Moment verstecken sich zu viele."

Dezenten Druck auf das Verfassungsgericht übte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) aus. Es hätte „heftige Folgen", wenn das Gericht Fiskalpakt und ESM kassiere, sagte Lammert – für Deutschland und die ganze EU. „Deswegen habe ich keinen Zweifel, dass das Verfassungsgericht auch diese Zusammenhänge in die Urteilsbildung einbeziehen wird." Darauf waren die Richter bereits selbst gekommen: Gleich an vier Stellen findet sich in der Verhandlungsgliederung für Dienstag eine „Folgenabwägung". SZ › *Seite 4*

Seehofer stellt ein

Das Betreuungsgeld muss verteilt werden – von neuem Personal

Wie sinnvoll die 1,2 Milliarden Euro angelegt sind, die das Betreuungsgeld letztlich pro Jahr kosten soll, ist schon seit Monaten heftig umstritten. Jetzt wird die Summe nochmals höher – denn auch das Betreuungsgeld will verwaltet sein. Die Anträge müssen erfasst, genehmigt und ausbezahlt werden. Das aber ist, anders als die vom Bund zu übernehmende eigentliche Leistung, Ländersache.

Das Thema kocht gerade dort hoch, wo alles seinen Ausgang nahm: in Bayern. Die regierende CSU hatte sich das Betreuungsgeld in den Berliner Koalitionsverhandlungen erkämpft, um einen konservativen Ausgleich gegen zu viel staatliche Kinderbetreuung zu setzen. Für jedes Kind, das nicht in eine Krippe geht, gibt es monatlich 150 Euro. Nun prescht ausgerechnet Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer, eine der Vorkämpferinnen für das Konzept, mit Geldforderungen vor: 134 neue Planstellen seien nötig, rechnete sie intern vor. Auch höhere Zahlen sollen diskutiert worden sein. Nach Gesprächen mit dem Finanzministerium ließ sie sich dann auf 50 herunterhandeln.

Dadurch kämen in jedem Fall mehrere Millionen Euro auf den Landeshaushalt zu; bundesweit stünde hochgerechnet wohl ein zweistelliger Millionenbetrag im Feuer. Auch in Baden-Württemberg wird mit höheren Ausgaben gerechnet: „Sollte das Betreuungsgeld kommen, würde das auch bei uns sicher einen personellen Mehraufwand erfordern", sagt ein Sprecher des dortigen Sozialministeriums. „Wir haben aber noch keine Kalkulationen angestellt, das würden wir erst machen, wenn es einen Beschluss gibt." Das Bundesfamilienministerium will zu alledem gar nichts sagen. Im Gesetzentwurf heißt es nur lapidar: „Durch die Einführung erhöht sich der Vollzugsaufwand von Bund, Ländern und Kommunen."

Für alle Gegner könnte dies willkommene Munition sein. Deswegen brachte die Nachricht auch Horst Seehofer umgehend zur Weißglut. Der bayerische Ministerpräsident betrachtet schon seit Längerem jede Kritik am Betreuungsgeld als Majestätsbeleidigung, vor allem, wenn sie aus den eigenen Reihen kommt. Nur: Als solche will Haderthauer ihre Forderungen gar nicht verstanden wissen. Die Haushaltsbeschlüsse, die in diesem Jahr in Bayern vorgezogen wurden, zwangen sie, schon jetzt ihren Stellenplan aufzustellen, samt Begründungen. Als Seehofer dies las, strich er wutentbrannt erst einmal alles auf null zusammen.

Dabei hätte Seehofer durchaus klar sein können, dass es das Betreuungsgeld nicht zum Nulltarif geben würde. Alleine im Freistaat dürfte es pro Jahr 80 000 Anträge geben. Die sollen zwar einfacher gehalten sein als beim Elterngeld. Dafür wird beim Betreuungsgeld mit mehr Änderungen während der Auszahlungszeit gerechnet: Lebensumstände ändern sich, das Kind geht vielleicht doch noch in die Krippe – und schon ist es wieder ein Fall für die Akten. Dass für all das neue Leute erforderlich sind, wie bei jedem anderen neuen Leistungsgesetz auch, sei doch „ein normaler Vorgang", heißt es im bayerischen Sozialministerium.

Beim 2007 eingeführten Elterngeld waren Stellen übrigens kein Problem: 200 Mitarbeiter sind in Bayern dafür zuständig. Aber damals war Horst Seehofer auch nicht im Wahlkampf. FRANK MÜLLER

Brüssel ermahnt Rumäniens Regierung

EU-Ratspräsident Van Rompuy besorgt über Missachtung der Justiz / Bundesregierung erwägt Sanktionen

Warschau – Die Europäische Union will es offenbar nicht hinnehmen, dass sich neben Ungarn auch in Rumänien ein autoritäres Regime von minderer demokratischer Qualität etabliert. Führende Politiker, voran der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, verstärkten am Wochenende den Druck auf die neue sozial-liberale rumänische Regierung, die in den vergangenen Tagen nach rein parteipolitischen Kriterien zahlreiche Spitzenfunktionäre bis hin zu den beiden Parlamentspräsidenten ausgetauscht und außerdem die Amtsenthebung des konservativen Staatspräsidenten Traian Basescu eingeleitet hatte. Die deutsche Bundesregierung denkt offenbar bereits über Sanktionen nach, beispielsweise den weiteren Ausschluss Rumäniens aus der Schengen-Zone.

Ansatzpunkt ist vor allem die Tatsache, dass der sozialdemokratische Ministerpräsident Victor Ponta und seine liberalen Verbündeten auch die Befugnisse des Verfassungsgerichts eingeschränkt und dessen Entscheidungen mehrfach missachtet hatten. Van Rompuy äußerte sich „sehr besorgt" hinsichtlich der Geltung des Rechts und der Unabhängigkeit der Justiz als „grundlegende Prinzipien, auf denen die EU aufbaut". Im selben Sinne äußerten sich auch Wilfried Martens, der Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP), und der EVP-Fraktionschef im Europaparlament, Joseph Daul. Die Sozialdemokraten hingegen hielten sich deutlich zurück. Ihr Fraktionschef Hannes Swoboda sagte, das Amtsenthebungsverfahren sei in der Verfassung vorgesehen, außerdem habe Präsident Basescu selber „über Jahre hindurch" Rechte verletzt.

Kritik kam allerdings auch aus den USA. Das dortige Außenministerium erklärte, das Vorgehen der Regierung in Bukarest gefährde das Gleichgewicht der demokratischen Kräfte und die Unabhängigkeit der Justiz. Inzwischen hat sich auch der Europarat eingeschaltet und lässt prüfen, ob die Entwicklung in Rumänien mit den Prinzipien des Rechtsstaats und der Demokratie vereinbar sei. Schon am Freitag hatten die deutsche und die französische Regierung auf diese Fragen hingewiesen.

In Berlin wird nach den Worten von Bundesaußenminister Guido Westerwelle über neue Sanktionsmöglichkeiten nachgedacht. „Wir brauchen Mechanismen, damit wir schneller gemeinsam reagieren können, wenn ein EU-Partnerland Buchstaben oder Geist der europäischen Wertegemeinschaft in grober Weise missachtet", sagte Westerwelle der *FAZ am Sonntag*. „Die Verfahren, die es dafür gibt, sind eindeutig zu sperrig." Im Fall Rumäniens könnte sich die Frage stellen, ob das Land geeignet sei, „die letzten Schritte zur vollen Integration" in die EU zu gehen.

Dies zielt offenbar auf den geplanten Beitritt zu der von Grenzkontrollen freien Schengen-Zone ab, der Rumänen und Bulgarien seit Februar 2011 von den anderen EU-Ländern verweigert wird. Der Grund sind schwerwiegende Versäumnisse bei der Reform des Justizsystems und der Bekämpfung der Korruption, die beide Länder bei ihrem EU-Beitritt 2007 versprochen hatten. KLAUS BRILL › *Seite 4*

Alles zum neuen Layout

Was sich an der SZ ändert – und was bleibt

Von dieser Ausgabe an sieht die *Süddeutsche Zeitung* ein wenig anders aus als bisher. Schöner, moderner, klarer, übersichtlicher soll sie sein – und dabei trotzdem die alte bleiben. Das Erscheinungsbild ändert sich in vielen Kleinigkeiten. Manche sind kaum zu bemerken, manche fallen eher auf, die neuen Überschriften zum Beispiel. Doch die Zeitung als großes Ganzes, mit ihrer gewohnten Ordnung, bleibt, wie sie bislang war.

› *Die Details der Neuerungen auf Seite 5.*

16 Milliarden Dollar für Afghanistan

Tokio – Mit weiteren Milliardenhilfen will die internationale Staatengemeinschaft den Wiederaufbau in Afghanistan nach dem Abzug aller ausländischen Kampftruppen unterstützen. Bis einschließlich 2015 würden mehr als 16 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt, hieß es in der Abschlusserklärung der Geberkonferenz in Tokio vom Sonntag. Im Gegenzug verpflichtete sich Kabul zu konkreten Maßnahmen für mehr Demokratie und gegen die grassierende Korruption. AFP › *Seite 2*

Kommunen lehnen Verkauf ihrer Daten ab

München / Berlin – Der Deutsche Städtetag ist gegen Änderungen des Meldegesetzes, die zu einem Verkauf der Bürgerdaten führen könnten. Ein Entgegenkommen gegenüber Adresshändlern wäre „für uns problematisch", sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Die Berliner Koalition hatte das neue Meldegesetz am 28. Juni im Bundestag gegen das Votum von SPD, Linken und Grünen verabschiedet. Eine Neufassung war nötig, da nun der Bund zuständig ist. SZ › *Seite 6*

HEUTE IN DER SZ

Seite Drei
Entlang der deutsch-polnischen Grenze wächst die Kriminalität – und die Wut auf Europa 3

Meinung
Mit dem Meldegesetz missbraucht der Staat die Daten der Bürger. Es muss gestoppt werden 4

Feuilleton
Die in Russland geborene Autorin Olga Martynova gewinnt den Ingeborg-Bachmann-Preis 11

Wirtschaft
Hermès-Enkel Guillaume de Seynes über den Unterschied von Luxus und Qualität 18

Medien
Live-Übertragungen sind für TV-Sender ein wichtiger Faktor im Wettbewerb 37

TV- und Radioprogramm 38
Forum & Leserbriefe 15
Kino · Theater ..... Lokalteil
Rätsel 37
Familienanzeigen 12

Süddeutsche Zeitung GmbH,
Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0,
Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt),
089/2183-1020 (Motormarkt),
089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, L, NL, P (Cont.), SLO, SK: € 2,80; CY: € 3,60;
M: € 3,10; dkr. 21; £ 2,80; kn 25; sfr. 4,80; czk 84; TL 18,50; Ft 720

4 190655 802206 13028

DAS WETTER

TAGS 25°/9° NACHTS

Die Anzahl der Schauer nimmt im Norden und Westen sowie am bayerischen Alpenrand rasch zu. Hier blitzt und donnert es häufig. Im Osten bleibt es freundlicher. Die Höchstwerte erreichen mäßig warme 17 bis 25 Grad. › *Seite 15 und Lokalteil*

Gewinnzahlen vom Wochenende
Lotto (07.07.): 6, 10, 29, 30, 43, 49
Zusatzzahl: 34, **Superzahl:** 2
Toto: 2, 1, 0, 1, 0, 1, 1, -, 2, 0, 0,0, 1
Auswahlwette: lag noch nicht vor
Zusatzspiel: lag noch nicht vor
Spiel 77: 3 9 0 1 6 8 0
Super 6: 7 1 1 0 1 2
› *Weitere Gewinnzahlen: Wirtschaft, Seite 22* (Ohne Gewähr)

Jetzt auch als App für **iPhone** und **iPad** erhältlich.